



Karteikarten 1. Examen

ÖFFENTLICHES RECHT

Das Prüfungswissen in Karteikartenform

Baden-Württemberg

Bundeseinheitliche Karteikarten:
StaatsorganisationsR · GrundR · EuropaR

Landesspezifische Karteikarten:
VerwR AT · VerwaltungsprozessR
StaatshaftungsR · Besonderes VerwR



Öffentliches Recht

Baden-Württemberg

Hier geht es zur
Inhaltsübersicht

Hier geht es zu
den **Karteikarten**

Hier geht es direkt
zum **Artikel**

Klicken Sie auf die Fläche, um direkt zur Inhaltsübersicht,
zu den Leseproben oder zum Artikel zu gelangen.



Öffentliches Recht

Verwaltungsrecht AT

Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Verwaltungsakt

- Geldleistungen
- Sonderstatusverhältnis
- Aufsichtsmaßnahmen
- Mehrstufiger VA
- Allgemeinverfügung
- Bekanntgabe und Zustellung
- Sonderfall: Bekanntgabe von Verkehrszeichen
- Nichtigkeit eines VA

Rechtmäßigkeitsprüfung eines VA

- Arten des Verwaltungshandelns
- Anhörung Beteiligter
- Heilung und Folgen von Verfahrens- und Formfehlern
- Beurteilungsspielraum
- Rechtsfolgen

- Verwaltungsvorschriften und Selbstbindung der Verwaltung

Aufhebung von Verwaltungsakten

- Rücknahme von Verwaltungsakten
- Widerruf von Verwaltungsakten
- Spezialgesetze
- Anwendbarkeit des § 48 IV LVwVfG
- Anwendbarkeit der §§ 48, 49 LVwVfG neben § 15 GastG
- Aufhebung im Rechtsbehelfsverfahren

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Inhalts- und Nebenbestimmungen

Zusicherung

Unzuverlässigkeit

Gewerbebegriff



Öffentliches Recht

Verwaltungsprozessrecht

Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit einer Klage vor dem VG

- Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges
- Klagearten
- Klagebefugnis
- Erfolgloses Vorverfahren
- Untätigkeitsklage
- Klagegegner
- Juristische Personen
- Klagefrist

Klagearten

- Anfechtungsklage
- Gegenstand der Anfechtungsklage
- Reformatio in peius: Begründetheit
- Beurteilung der Sach- und Rechtslage
- Verpflichtungsklage

- Leistungsklage
- Vorbeugender Rechtsschutz
- Fortsetzungsfeststellungsklage
- Feststellungsklage

Klagehäufungen, notwendige Beiladung

Haupt- und Hilfsantrag

Rechtsmittel

Prüfungsschema Zulässigkeit Widerspruch

Vorläufiger Rechtsschutz



Öffentliches Recht

Kommunalrecht

Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Selbstverwaltungsgarantie

Grundbegriffe

Gemeindeorgane

Vertretung der Gemeinde

Kommunalverfassungsstreit

Hausrecht

Bürgerbegehren

Satzungsrecht

Befangenheit

**Internes Aufsichtsrecht des
Bürgermeisters**

**Kommunalaufsichtsrecht und
gemeindliche Aufgaben**

**Wirtschaftliche Betätigung der
Gemeinde**

**Anspruch auf Zugang zu öffentlicher
Einrichtung**



Öffentliches Recht

Polizeirecht

Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Maßnahme der Polizei

- Subsidiaritätsgrundsatz
- Störereigenschaft von Hoheitsträgern
- Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit
- Öffentliche Ordnung
- Gefahrbegriffe
- Verstoß gegen StGB oder OWiG
- Verursacherbegriffe (sog. Störer)
- Unbeteiligte Person (sog. Nichtstörer)
- Rechtsnachfolge in Polizeipflichten
- Probleme auf der Rechtsfolgenseite

Standardmaßnahmen

Polizeiverordnung

Verwaltungsvollstreckungsverfahren

- Arten der Verwaltungsvollstreckung / unmittelbare Ausführung
- Besonderheit bei „Abschleppfällen“
- Vollstreckungsverfahren
- Unmittelbare Ausführung

Spezielle abdrängende Sonderzuweisung



Öffentliches Recht

Baurecht

Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Normenkontrolle, § 47 VwGO

Bauleitplanung

- Bauleitpläne
- Bauleitplanverfahren
- Ermittlungs- und Bewertungsfehler
- Planerhaltungsvorschriften
- Plansicherungsinstrumente

Baugenehmigungsverfahren

- Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung
- Beplanter Bereich
- Befreiung - Dispens
- Unbeplanter Innenbereich
- Außenbereich

- Abgrenzung Innenbereich - Außenbereich
- Bauvorhaben während der Planaufstellung
- Gemeindliches Einvernehmen
- Veränderungssperre, Zurückstellung
- Anspruch aus Bestandsschutz

Drittsschutz im Baurecht

Eingriffsbefugnisse der Baurechtsbehörden

- Schema Baueinstellung
- Schema Nutzungsverbot/Abbruch
- Sonderprobleme im Rahmen des Ermessens
- Anspruch auf behördliches Einschreiten



Öffentliches Recht
Straßenrecht
Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Systematische Einordnung des StraßenR

Arten der öffentlichen Sachen

Abgrenzung StraßenR ↔ StraßenverkehrsR

**Einstufung der öff. Straßen/Umstufung/
Einziehung/Straßenbaulast/Zuständigkeit**

Gemeingebrauch und Sondernutzung



Öffentliches Recht

Staatsorganisationsrecht

Inhaltsübersicht

Geschichte des GG

Systematik des GG

Staatsprinzipien

- Rückwirkungsverbot
- Gebot der Bundestreue
- Schutz der Staatsprinzipien

Schutz der Parteien

Bundestag

- Wahlgrundsätze
- Wahlsysteme
- Freies Mandat
- Untersuchungsausschüsse
- Indemnität und Immunität

Bundesrat

Bundespräsident

Bundesregierung

Legislative

- Gesetzgebungskompetenzen
- Gesetzgebungsverfahren

Exekutive

Völkerrechtliche Verträge

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Verfahren vor dem BVerfG

- Organstreitverfahren
- Abstrakte Normenkontrolle
- Bund-Länder-Streit
- Konkrete Normenkontrolle
- Einstweilige Anordnung



Öffentliches Recht

Grundrechte

Inhaltsübersicht

Arten der Grundrechte

Funktionen der Grundrechte

Zulässigkeit Verfassungsbeschwerde: Grundaufbau

Begründetheit Verfassungsbeschwerde Freiheits-GR: Grundaufbau

Zulässigkeit Verfassungsbeschwerde: Einzelprobleme

- Beschwerdefähigkeit
- Beschwerdegegenstand
- Beschwerdebefugnis
- Rechtswegerschöpfung

Begründetheit Verfassungsbeschwerde – Freiheits-GR: Einzelprobleme

- Eingriffsbegriff
- Festlegung der Schranke
- Schranken-Schranken

Besonders examensrelevante Freiheitsgrundrechte

- Menschenwürde, Art. 1 I 1 GG
- Allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 I GG
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht:
Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I GG
- Glaubens- und Gewissensfreiheit:
Art. 4 GG
- Meinungsfreiheit: Art. 5 I 1, 1. Alt GG
- Pressefreiheit: Art. 5 I 2 GG
- Kunstfreiheit: Art. 5 III GG
- Versammlungsfreiheit: Art. 8 GG
- Vereinigungsfreiheit: Art. 9 GG
- Brief- Post- und Fernmeldegeheimnis:
Art. 10 GG
- Freizügigkeit: Art. 11 GG
- Berufsfreiheit: Art. 12 GG
- Unverletzlichkeit der Wohnung: Art. 13 GG
- Eigentumsfreiheit: Art. 14 GG

Begründetheit Verfassungsbeschwerde

– Gleichheits-GR

- Grundaufbau
- Einzelprobleme

Jura Intensiv



Öffentliches Recht

Staatshaftungsrecht

Baden-Württemberg

Inhaltsübersicht

Anspruchsgrundlagen im Staatshaftungsrecht

- Amtshaftungsanspruch
- Folgenbeseitigungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch
- Schadensausgleich im Polizeirecht
- Enteignungsgleicher/enteignender Eingriff

Jura Intensiv



Öffentliches Recht

Europarecht

Inhaltsübersicht

Grundlagen der EU

Rechtsquellen des EU-Rechts

Anwendungsvorrang des EU-Rechts

Organe der EU

Prüfung der Grundfreiheiten

Prüfung der EMRK

Allg. Diskriminierungsverbot

Verfahren vor dem Gerichtshof

- Vertragsverletzungsverfahren
- Nichtigkeitsklage
- Vorabentscheidungsverfahren

**Unionsrechtlicher
Staatshaftungsanspruch**

1. Wo ist der Verwaltungsakt definiert?
2. Definiere die zentralen VA-Merkmale „Behörde, Regelung, Einzelfall, Außenwirkung“. Wovon grenzen diese Merkmale ab?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Legaldefinition** des VA findet sich in **§ 35 S. 1 LVwVfG**.

2a) **Behörde:**

Def.: § 1 II LVwVfG. Grenzt ab vom Rechtsträger der Behörde, der **juristischen Person** des öff. Rechts. Ferner Abgrenzung zu den **Organen** der juristischen Personen des **Privatrechts**, wie z.B. dem Vorstand.

2b) **Regelung:**

Def.: Rechtsverbindliche Anordnung, die auf die **Setzung** einer **Rechtsfolge** gerichtet ist, d.h. **Auferlegung einer Pflicht, Verleihung eines Rechts oder verbindliche Feststellung der Rechtslage. Grenzt ab** vom tatsächlichen Handeln/Realakt.

2c) **Einzelfall:**

Def.: Ganz bestimmter Sachverhalt (= konkret) wird für eine ganz bestimmte Person (= individuell) geregelt. Grenzt ab vom **Gesetz (= abstrakt-generell)**.

2d) **Außenwirkung:**

Def.: Maßnahme ist final darauf **gerichtet, Rechtswirkungen bei einer Person** zu erzeugen, die **außerhalb** des handelnden **Verwaltungsträgers** steht. **Grenzt ab** vom **Rechtsreflex** und dem **Verwaltungsinternum**.



VerwR	AT
Verwaltungsakt (2) - Geldleistungen	

**§ 35 S. 1
LVwVfG**

Handelt es sich bei der Gewährung einer Geldleistung durch die Verwaltung um einen Verwaltungsakt?

Begründe Deine Antwort.

Raum für eigene Anmerkungen:

Nach **h.M.** ist entscheidend, ob der **Schwerpunkt des behördlichen Handelns** auf der **tatsächlichen Auszahlung** des Geldes liegt (dann **Realakt**) oder ob er bei der **vorgelagerten Entscheidung** liegt, die **Geldzahlung** überhaupt **zu gewähren** (dann **VA**). Für diese Schwerpunktbildung soll es insbes. darauf ankommen, **wie komplex** die **Entscheidung** über die Geldzahlung ist.

Nach der **Gegenauffassung** führt die Abgrenzung über eine **Schwerpunktbildung** zu **unvorhersehbaren Ergebnissen**. Nach dieser Ansicht ist die **Gewährung einer Geldleistung grds. kein VA**, weil die **Regelungswirkung fehlt**. **Ausnahmen:**

- **Gesetz verlangt** den vorherigen Erlass eines **VA**, z.B. § 48 III 4 LVwVfG.
- Vorheriger Erlass eines **VA** ist Voraussetzung, um einen **Rechtsgrund für die Zahlung** zu schaffen, z.B. Erlass eines Subventionsbescheids, damit der Empfänger die Auszahlung der Subvention begehren kann.

Beachte: Die gleiche Streitfrage existiert bzgl. der Erteilung einer behördlichen **Auskunft**.

Raum für eigene Anmerkungen:



VerwR	Prozessrecht
Zulässigkeit einer Klage vor dem VG	



Stelle die einzelnen Punkte der Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klage dar.

Raum für eigene Anmerkungen

Zulässigkeit

I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges

- 1. Justizfreie Hoheitsakte**
- 2. Aufdrängende Sonderzuweisungen**
- 3. Generalklausel des § 40 I 1 VwGO**
- 4. Abdrängende Sonderzuweisungen**

II. Statthafte Klageart: § 88 VwGO

III. Klagebefugnis: § 42 II VwGO

IV. Erfolgloses Vorverfahren: § 68ff. VwGO

V. Evtl. Klagegegner

VI. Klagefrist: § 74 VwGO

VII. Beteiligten- und Prozessfähigkeit: §§ 61, 62 VwGO

VIII. Evtl. allgemeines Rechtsschutzbedürfnis

- 1. Welche aufdrängenden Sonderzuweisungen sind examensrelevant? In welchen Konstellationen sind diese zu prüfen? Was ist die Konsequenz in der Klausur?**
- 2. Welche Merkmale sind im Rahmen der Generalklausel des § 40 I 1 VwGO zu prüfen?**
- 3. Welche examensrelevanten abdrängenden Sonderzuweisungen gibt es?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Examensrelevante aufdrängende Sonderzuweisungen finden sich in **§ 54 I BeamStG (Landesbeamte)** sowie in **§ 126 I BBG (Bundesbeamte)**. Sie erfassen Streitigkeiten aus einem **Beamtenverhältnis**, d.h. der Rechtsstreit muss **im weitesten Sinne im Beamtenrecht wurzeln** (extensive Auslegung).
Sollte § 54 I BeamStG/§ 126 I BBG vorliegen, ist **§ 40 I 1 VwGO nicht mehr anzusprechen**.
2. § 40 I 1 VwGO:
 - a) **Öffentlich-rechtliche Streitigkeit**
 - b) **Nichtverfassungsrechtlicher Art**
 - c) **Keine abdrängende Sonderzuweisung**
3. Eine examensrelevante **abdrängende Sonderzuweisung** ist insbes. **§ 40 II 1 VwGO** für das **StaatshaftungsR.** Daneben kommt im POR noch **§ 23 I 1 EGGVG** in Betracht (*vgl. Karteikarten POR*). Schließlich hält **§ 40 I 2 VwGO** eine „**Öffnungsklausel**“ für den **Landesgesetzgeber** bereit, d.h. der Landesgesetzgeber kann eine abdrängende Sonderzuweisung erlassen, z.B. § 103 S. 1 PolG.

Raum für eigene Anmerkungen:

VerwR BT	KommunalR
Selbstverwaltungsgarantie (1)	

- 1. Definiere den Begriff Selbstverwaltungsgarantie.**
- 2. Wo finden sich die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Handelns der Gemeinde im GG und in der LV?**
- 3. Nenne die unter die Selbstverwaltungsgarantie fallenden Gemeindehoheiten.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Unter Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinde versteht man:

Alle Angelegenheiten, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder einen spezifischen Bezug zu ihr haben. Dieser Bezug kann dabei historischer oder räumlicher Art sein.

2. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für das Handeln der Gemeinde finden sich sowohl in **Art. 28 II 1 GG** als auch landesspezifisch in **Art. 71 I, II 1 LV**.

3. Zu den Gemeindehoheiten zählen:

a) Die Organisationshoheit

b) Die Personalhoheit

c) Die Planungshoheit

d) Die Finanzhoheit

e) Die Satzungshoheit

f) Die Kulturhoheit

g) Die Gebietshoheit

h) Die Daseinsvorsorge (=Auffanghoheit)



VerwR BT	KommunalR
Selbstverwaltungsgarantie (2)	



Bestimme den Inhalt der Gemeindehoheiten.

Raum für eigene Anmerkungen:

- 1. Organisationshoheit** = Gemeinde entscheidet selbständig über **innere Verw.-Organisation** (z.B. Einrichtung von Ämtern, Dezernaten).
- 2. Personalhoheit** = Gemeinde kann in eigener Verantwortung **Bedienstete einstellen, befördern und entlassen**.
- 3. Planungshoheit** = Recht der Gemeinde, ihr **Gebiet selbständig zu beplanen, insbes.** durch den Erlass von **B-Plänen**.
- 4. Finanzhoheit** = eigenverantwortliche **Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft**.
- 5. Satzungshoheit** = Recht der Gemeinde, **zur Regelung eigener Angelegenheiten abstrakt-generelle Normen** zu schaffen, z.B. Benutzungssatzung für das Gemeindezentrum.
- 6. Kulturhoheit** = Recht der Gemeinde, **Kultureinrichtungen zu schaffen** und zu **unterhalten**, z.B. städtisches Theater.
- 7. Gebietshoheit** = **jede Person/Sache**, die sich **im Gemeindegebiet** befindet, ist der **Rechtsmacht der Gemeinde unterworfen**, hat also insbes. die von der Gemeinde erlassenen Rechtsverordnungen und Satzungen zu beachten.
- 8. Daseinsvorsorge** = **Auffang-TB**, erfasst alle Selbstverw.-Angelegenheiten, die nicht den anderen Gemeindehoheiten zu gewiesen werden können.



VerwR BT	POR
Maßnahme der Polizei (1)	

**Allg.
POR**

Stelle die Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Maßnahme der Polizei am Beispiel der Generalklausel dar. Definiere dabei auch die Tatbestandsmerkmale.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

I. Rechtsgrundlage der Maßnahme

Spezialermächtigung: z.B. § 15 I, III VersG.

Standardmaßnahme: §§ 27 ff. PolG.

Generalklausel: §§ 1 I, 3 PolG (**Auffangnorm**).

II. Formelle Rechtmäßigkeit

1. Zuständigkeit:

Grds. zuständig: **BM/ OB als Ortspolizeibehörde**, §§ 1 I, 105 I, 106 I Nr. 4, 107 IV PolG i.V.m. § 44 III 1 GemO.

Eilfallkompetenz: **Regionales Polizeipräsidium**, §§ 1 I, 105 II, 115 I Nr. 1, 121 I PolG i.V.m. § 23 I, III 1 DVO PolG.

Beachte: **Ausschließliche Zuständigkeit** des **Polizeivollzugsdienstes**, wenn nur er in einer **Vorschrift** zu einem **Handeln ermächtigt** wird, z.B. § 50 I 1 PolG.

Zudem **Parallelkompetenz** bei vielen Standardmaßnahmen gem. **§ 105 III PolG**.

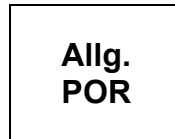
Weiterhin gibt es in Bad.-Württ. vereinzelt noch die „**Besonderen Polizeibehörden**“ i.S.d. **§ 106 II PolG**, z.B. Art. 32 II 1 LV. Sie nehmen zwar polizeiliche Aufgaben wahr, stehen jedoch außerhalb des normalen Verwaltungsaufbaus (= Ministerium, Regierungspräsidium, Landkreise, Städte und Gemeinden). Schließlich kennt das PolG auch noch „**andere Stellen**“, § 2 I PolG. Hier handelt es sich zwar um Behörden des normalen Verwaltungsaufbaus, ihre Befugnisse sind jedoch abschließend in Spezialgesetzen geregelt, sie können daher auch **nicht auf das PolG zurückgreifen**, z.B. die Feuerwehr gem. § 1 I 2 FwG.

Zum **Subsidiaritätsgrundsatz** des **§ 2 II PolG** und zum Problem der sog. **Störereigenschaft von Hoheitsträgern**: s. die speziellen Karteikarten.

Fortsetzung auf der nächsten Karteikarte



VerwR BT	POR
Maßnahme der Polizei (2)	



Fortsetzung der vorangehenden Karteikarte („Maßnahme der Polizei (1)“)

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

2. Verfahren/Form: §§ 28, 37 II, 39 I LVwVfG, falls ein VA vorliegt.

III. Materielle Rechtmäßigkeit

1. Tatbestand

a) Schutzgutbetroffenheit:

aa) Öffentliche Sicherheit:

Def.: Schutz der gesamten Rechtsordnung, aller Individualrechtsgüter sowie des Bestandes und der Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Einrichtungen.

bb) Öffentliche Ordnung:

Def.: Gesamtheit aller **ungeschriebenen** Verhaltensregeln, deren Beachtung nach herrschender Anschauung Voraussetzung für ein geordnetes Zusammenleben ist (**subsidiär gegenüber öff. Sicherheit, selten**).

b) Konkrete Gefahr

Def.: Aus **ex ante** Perspektive besteht die hinreichende Wahrscheinlichkeit, dass es in absehbarer Zeit zu einer Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit oder öffentlichen Ordnung kommen wird.

c) Verursacher: §§ 6, 7, 9 PolG

Def.: Kausal für eine Gefahr ist derjenige, dessen Verhalten bzw. dessen Sache **unmittelbar** die **Gefahr setzt** und damit die Gefahrenschwelle überschreitet (**Theorie der unmittelbaren Verursachung**).

Fortsetzung auf der nächsten Karteikarte



VerwR BT	BauR
Prüfungsschema Normenkontrolle (1)	

**§ 47
VwGO**

Stelle den Prüfungsaufbau der Zulässigkeit eines verwaltungsgerichtlichen Normenkontrollverfahrens gem. § 47 VwGO dar.

Raum für eigene Anmerkungen:

A. Zulässigkeit Antrag

I. **Verwaltungsrechtsweg:** I.d.R. wird Satzung als Hoheitsakt angegriffen (**Subordinationstheorie**) oder Normen des BauR sind streitentscheidend (**mod. Subjektstheorie**)

→ „**Im Rahmen seiner Gerichtsbarkeit**“: Auch für den **Vollzug** des angegriffenen materiellen Gesetzes muss der VRW eröffnet sein (keine Präjudizierung der Gerichte anderer Gerichtszweige).

II. **Statthaftigkeit des Antrags:**

→ § 47 I Nr. 1 VwGO: Satzungen des Baurechts

→ § 47 I Nr. 2 VwGO i.V.m. § 4 AGVwGO

= *RVO und Satzungen des Bundeslandes Bad.-Württ./der Landkreise/Städte/Gemeinden.*

III. **Antragsbefugnis:** § 47 II 1 VwGO

= Möglichkeit Rechtsverletzung in subj.-öff. Recht

Beachte: § 1 VII BauGB: Nur abwägungserhebliche Belange

Beachte ferner: Behördenprivileg, § 47 II 1 VwGO.

IV. **Beteiligten- und Prozessfähigkeit:** § 47 II 1 VwGO spezieller als § 61 Nr. 3 VwGO.

V. **Antragsfrist:** § 47 II 1 VwGO

VI. **Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis:**

→ (+), wenn Unwirksamkeit der Norm die Rechtsstellung des Antragstellers verbessert.

- 1. Was versteht man unter dem sog. „Behördenprivileg“?**
- 2. Welcher Zeitpunkt ist für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage im Rahmen der Begründetheit eines Antrags nach § 47 VwGO maßgeblich?**

Raum für eigene Anmerkungen

1. Das **“Behördenprivileg“** (§ 47 II 1 VwGO) bezeichnet die Fähigkeit einer **Behörde, auch ohne Rechtsverletzung eine Normenkontrolle anstrengen zu können, sofern sie ein aus ihrer Aufgabenstellung heraus resultierendes Interesse an der Überprüfung der streitigen Norm hat** (*sog. objektives Klarstellungsinteresse*). Das ist der Fall, wenn sie die Norm zu **vollziehen** oder anderweitig **zu beachten** hat.
Bsp.: Baurechtsbehörde ist antragsbefugt, wenn sie im Rahmen der Erteilung von Baugenehmigungen die Norm berücksichtigen muss.
2. Zeitpunkt der **letzten mündlichen Verhandlung** (in der letzten Instanz).
Arg.: Das angegriffene Gesetz hat Dauerwirkung und muss daher fortdauernd im Einklang mit der Rechtslage stehen.

Raum für eigene Anmerkungen:



VerwR BT	StraßenR
Systematische Einordnung des StraßenR	



- 1. Zu welchem übergeordneten Rechtsbereich gehört das Straßenrecht?**
- 2. Definiere die Voraussetzungen für die Eröffnung dieses Rechtsbereichs.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Das **StraßenR** gehört zum **Recht der öffentlichen Sachen**. Das sind **Regelungen bzgl. Sachen**, die durch ihren **Gebrauch öffentlichen Zwecken** dienen.

2. **Voraussetzung** für die Eröffnung des Anwendungsbereichs des Rechts der öffentlichen Sachen ist, dass **eine öffentliche Sache vorliegt**. Das **setzt wiederum voraus**:
 - **Widmung**
 - = **Rechtsakt**, durch den eine Sache zu einer öffentlichen Sache erklärt und ihre **öffentliche Zweckbindung festgelegt** wird.
Die Widmung erfolgt **häufig per dinglichem VA** gem. **§ 35 S. 2 2. Fall VwVfG**.
Soweit gesetzlich nicht eine ausdrückliche Widmung vorgesehen ist, kann sie auch konkludent erfolgen.
 - **Indienststellung**
 - = **tatsächliche, offizielle Nutzung** der Sache.
Die Indienststellung ist ein **Realakt**. **Solange** sie **nicht erfolgt** ist, ist eine bereits erfolgte **Widmung schwebend unwirksam**.

Raum für eigene Anmerkungen:



VerwR BT	StraßenR
Arten der öffentlichen Sachen	

**Allg.
StraßenR**

Welche Arten der öffentlichen Sachen gibt es? Erläutere sie.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Es gibt **4 Arten**:

- Öff. Sachen im **Gemeingebrauch**
= öffentliche Sache steht **jedermann ohne besondere Zulassung zur Verfügung**, z.B. öffentliche Straßen, Gewässer in ihrer Eigenschaft als Wasserwege.
- Öff. Sachen im **Anstaltsgebrauch**
= die **Nutzung** der öff. Sache **bedarf** einer **behördlichen Erlaubnis**, z.B. Zugang zum Theater oder Museum.
Die Zulassung kann konkludent erfolgen, z.B. durch automatischen Einlass in das Schwimmbad nach Zahlung des Eintrittsentgelts.
- Öff. Sachen im **Sondergebrauch**
= die öff. Sache steht **i.d.R. nicht jedermann**, sondern **nur demjenigen zur Verfügung**, der eine **besondere Erlaubnis besitzt**, z.B. Nutzung eines Gewässers zu wasserwirtschaftlichen Zwecken (Entnehmen und Ableiten von Wasser).
- Öff. Sachen im **Verwaltungsgebrauch**
= die öff. Sache **wird von der Verwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben genutzt**, z.B. Dienstwagen des BM, Büro im Rathaus.
Grds. kein Nutzungsrecht des Bürgers, es sei denn, die Nutzung wird ihm gestattet, z.B. Zutritt zum Bürgeramt im Rathaus.

Raum für eigene Anmerkungen:



Staatsrecht	StaatsorgaR
Geschichte des GG	



- 1. Wann wurde das GG in Deutschland verkündet? Wo findet sich diese Angabe im GG?**
- 2. Welche Vorläufer zum GG gab es in der Geschichte Deutschlands?**
- 3. Warum wird das GG nicht als Verfassung bezeichnet? Wieso erfolgte die Erarbeitung des GG von einem sog. „Parlamentarischen Rat“?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Das GG wurde am **23.5.1949** vom Parlamentarischen Rat **ausgefertigt und verkündet**. Diese Angabe findet sich in der **Einleitung des GG** (*vor der Präambel*).
2. Als **Vorläufer des GG** können **folgende Verfassungen** angesehen werden.
 - a) **1919: Weimarer Reichsverfassung**
 - b) **1871: Reichsverfassung**
 - c) **1848: Paulskirchenverfassung**
3. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des GG war **Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt**, wobei nur in den westlichen Besatzungszonen das GG in Kraft gesetzt wurde. Um **diese Spaltung nicht** mit dem Erlass einer „echten“ Verfassung für die westlichen Besatzungszonen zu **vertiefen**, hat man die Verfassung „GG“ genannt. Damit sollte ihr **vorläufiger Charakter** verdeutlicht werden. Erst zum Zeitpunkt einer Wiedervereinigung sollte aus dem „GG“ eine „Verfassung“ werden, was nach der deutschen Wiedervereinigung aber nicht geschehen ist, weil man an dem bewährten „GG“ festhalten wollte. Die **Bezeichnung** der verfassungsgebenden Versammlung als **„Parlamentarischer Rat“** beruht auf derselben Überlegung.



Staatsrecht	StaatsorgaR
Systematik des GG	



In welche examensrelevanten Abschnitte kann das GG eingeteilt werden? Wie lässt sich der Abschnitt zum Staatsorganisationsrecht weiter untergliedern?

Raum für eigene Anmerkungen:

Das **GG** kann in die **Grundrechte** (Art. 1-19 GG) und in das **StaatsorgaR** (Art. 20ff. GG) eingeteilt werden.

Das **StaatsorgaR** lässt sich wiederum in **folgende examensrelevante Abschnitte** gliedern:

- 1. Bund und Länder, Art. 20ff. GG**
- 2. Verfassungsorgane:**
 - a) Bundestag, Art. 38ff. GG**
 - b) Bundesrat, Art. 50ff. GG**
 - c) Bundespräsident, Art. 54ff. GG**
 - d) Bundesregierung, Art. 62ff. GG**
- 3. Staatsgewalten:**
 - a) Legislative, Art. 70ff. GG**
 - b) Exekutive, Art. 83ff. GG**
 - c) Judikative, Art. 92ff. GG**



Staatsrecht	Grundrechte
Arten von Grundrechten	

Allg. GR

Welche Arten von Grundrechten werden unterschieden?

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Folgende Arten von Grundrechten können unterschieden werden:

1. Freiheitsgrundrechte:

Die Freiheits-Grundrechte stellen Bereiche des Grundrechtsträgers dar, in die der Staat nicht willkürlich eingreifen kann, wie er will. Sie stellen den Hauptteil der Grundrechte dar.

Bsp.: Art. 2 I, 8 I, 12 I, 14 I 1 GG.

2. Gleichheitsgrundrechte:

Sinn und Zweck der Gleichheits-Grundrechte ist die Verhinderung der willkürlichen Ungleichbehandlung von Personen/Personengruppen oder Sachverhalten.

Bsp.: Art. 3 I, II, III, 6 V GG.

3. Grundrechtsgleiche Rechte:

Diese gewähren die gleiche Rechtsstellung wie die im Abschnitt Art. 1-19 GG normierten Grundrechte, sie können insbes. mit der VB geltend gemacht werden. Da sie jedoch außerhalb des Abschnittes „Grundrechte“ verortet sind, spricht man von ihnen als grundrechtsgleiche Rechte (*vgl. Aufzählung Art. 93 I Nr. 4a GG*).

4. Verfahrens-Grundrechte/Justiz-Grundrechte: z.B. Art. 19 IV 1, 101 I 2, 103 I GG



Staatsrecht	Grundrechte
Funktionen der Grundrechte	

Allg. GR

Stelle die einzelnen Funktionen der Grundrechte dar.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

A. Subjektive Funktionen der Grundrechte:

I. Abwehrfunktion: *Status negativus*

= Schutz privater Freiheitsbereiche vor staatlichen Eingriffen

II. Vornahmefunktion: *Status positivus*

= Grundrechtsgebrauch setzt staatliches Handeln voraus, d.h. ohne staatliches Handeln kann der Bürger von seinen Grundrechten keinen Gebrauch machen.

Untergruppen:

1. **Schutzgewähr:** Pflicht des Staates zum Schutz der Bürger vor irreparablen GR-Verletzung, z.B. Maßnahmen zur Befreiung von Opfern einer Entführung.
2. **Teilhabe:** Chancengleiche gerechte Verteilung staatlicher Leistungen, z.B. Vergabe von Studienplätzen.
3. **Leistung:** Direkter Leistungsanspruch aus den Grundrechten. Selten wegen der Wesentlichkeitstheorie.

III. Mitwirkungsfunktion: *Status activus*

= Teilhabe an staatlicher Willensbildung, z.B. Wahlen und Versammlungen.

IV. Einrichtungsgarantien:

= Garantie der Existenz bestimmter privater (*Institutsgarantien*) und öffentlicher (*institutionelle Garantien*) Einrichtungen, z.B. Art. 6 I, 7 I, 14 I 1 GG.

B. Objektive Funktionen der Grundrechte: *Ausstrahlungswirkung der Grundrechte*

= Auslegung und Anwendung des gesamten einfachen Rechtes im Lichte der GR.

Beachte: Insbesondere bei unbestimmten Rechtsbegriffen und Generalklauseln.



Staatsrecht	StaatshaftungsR
Anspruchsgrundlagen Staatshaftungsrecht	



Welche Anspruchsgrundlagen kommen im Staatshaftungsrecht insbesondere in Betracht?

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. **Amtshaftungsanspruch:** *Art. 34 S. 1 GG i.V.m. § 839 I 1 BGB*
2. **Folgenbeseitigungsanspruch/ öff.-rechtlicher Unterlassungsanspruch/ öff.-rechtlicher Erstattungsanspruch**
3. **§ 100 I 1 PolG:** Polizeirecht
4. **Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff/Anspruch aus Aufopferung und aufopferungsgleicher Eingriff**
5. **Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse** (*analoge Anwendung des BGB-Schuldrechts*)

Raum für eigene Anmerkungen:



Staatsrecht	StaatshaftungsR
Amtshaftungsanspruch (1)	

Art. 34 GG, § 839 BGB
--

- 1. Was für eine Rechtskonstruktion liegt dem Amtshaftungsanspruch zugrunde?**
- 2. Welche Voraussetzungen hat der Amtshaftungsanspruch?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Dem Amtshaftungsanspruch liegt als Rechtskonstruktion eine sog. **übergeleitete Haftung** zugrunde. Das bedeutet, **über § 839 I 1 BGB** entsteht für eine **juristische Sekunde** eine **Haftung in der Person des Beamten als Privatperson**. Diese Haftung wird gem. **Art. 34 S. 1 GG** dann **übergeleitet auf den Staat**. Der Staat haftet also so wie sein Beamter als Privatperson haften würde.

Diese Grundkonstruktion wirkt sich bei den Prüfungspunkten „§ 839 I 2 BGB“ und „Rechtsfolge“ aus (*s. dazu die nachfolgenden Karteikarten*).

2. **Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs:**
 - a) **Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes**
 - b) **Amtspflichtverletzung**
 - c) **In Ausübung** (= Amtspflichtverletzung ist dem hoheitlichen Handeln zurechenbar)
 - d) **Drittbezug der verletzten Amtspflicht**
 - e) **Verschulden**
 - f) **Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden**
 - g) **Ausschlussgründe**
 - h) **Rechtsfolge: Schadensersatz, §§ 249ff. BGB**
 - i) **Passivlegitimation/Anspruchsgegner**

Zuständiges Gericht: Streitwertunabhängige Zuständigkeit des LG, Art. 34 S. 3 GG i.V.m. § 40 II 1

3. Fall VwGO i.V.m. § 71 II Nr. 2 GVG.



Internat. Recht	Europarecht
Grundlagen	



- 1. Worauf basiert die Europäische Union?**
- 2. Was stellt die EU nach dem Vertrag von Lissabon dar? Von was ist die EU abzugrenzen?**
- 3. Ist die EU rechtsfähig bzw. völkerrechtsfähig?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Basis** der Europäischen Union stellen **der EU-Vertrag sowie der AEU-Vertrag** (= *Vertrag über die Arbeitsweise der EU*) dar.
Dabei enthält der **EU-Vertrag die Grundlagenbestimmungen**, der **AEU-Vertrag demgegenüber die Detailregelungen**.
2. Die EU ist laut **Art. 1 III 3 EUV Rechtsnachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft (EG)**, die damit untergegangen ist. Damit stellt die EU - wie die EG früher - heute eine **supranationale Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit** (*BVerfG: Staatenverbund*) dar. Dies bezeichnet eine **internationale Organisation, welche unabhängig von der Willensbildung in den Mitgliedsstaaten in bestimmten Bereichen für diese verbindliche Rechtsregeln erlassen kann**.
Einen **Staat** stellt die **EU nicht** dar, da ihr die **Kompetenz-Kompetenz fehlt** (= Befugnis, sich selbst neue Zuständigkeiten zu schaffen, vgl. Art. 5 I, II EUV).
Eine **reine internationale Organisation** liegt **ebenfalls nicht** vor, da das **EU-Recht zum Teil unmittelbar innerstaatlich gilt** und Vorrang vor dem nationalen Recht hat.
3. Die **EU besitzt laut Art. 335 AEUV eigene Rechtspersönlichkeit**. Ferner besitzt die **EU auch partielle Völkerrechtsfähigkeit**, d.h. sie darf im Rahmen der ihr übertragenen Kompetenzen völkerrechtliche Abkommen schließen, **Art. 47 EUV i.V.m. Art. 218 AEUV**.



Internat. Recht	Europarecht
Rechtsquellen des EU-Rechts (1)	



1. Welche beiden Rechtsquellen werden im Rahmen des EU-Rechts unterschieden?
2. Nenne die Bestandteile dieser beiden Rechtsquellen.

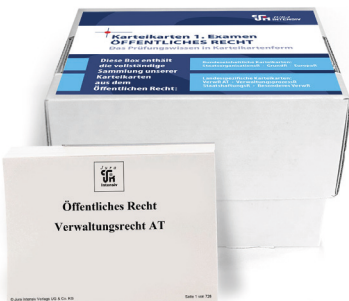
Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die Rechtsquellen des EU-Rechts lassen sich in das sog. **primäre EU-Recht** und das **sekundäre EU-Recht** aufspalten.

2. a) **Das primäre EU-Recht kann in folgende Bestandteile untergliedert werden:**
 - aa) *EU-Vertrag, AEU-Vertrag samt Anhängen, Protokollen, Ergänzungen und Änderungen*
 - bb) *Grundrechte-Charta, Art. 6 EUV*
 - cc) *Ungeschriebenes Primärrecht/allgemeine Rechtsgrundsätze, z.B. Rückwirkungsverbot, Bestimmtheitsgebot, Verhältnismäßigkeitsprinzip (vgl. Art. 2 EUV).*

- b) **Das sekundäre EU-Recht findet sich insbesondere in Art. 288 AEUV wieder und kann in folgende Bestandteile untergliedert werden:**
 - aa) *Verordnung: Art. 288 II AEUV*
 - bb) *Richtlinie: Art. 288 III AEUV*
 - cc) *Beschlüsse: Art. 288 IV AEUV*
 - dd) *Empfehlungen und Stellungnahmen: Art. 288 V AEUV*

Raum für eigene Anmerkungen:



Karteikarten 1. Examen ÖFFENTLICHES RECHT

Das Prüfungswissen in Karteikartenform
Baden-Württemberg

Hier geht's zum Shop!